

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Gründet 1848 mit Übernahme der Gew. und Zusage nachträglich 5 Mr für den folgenden Tag. Zugpreis bei  
Einschaltung monatlich 2 M, durch unsere Kundigen gesparten in der Stadt monatlich 2 M, auf dem Lande  
2 M, durch die Post bezogen monatlich 2 M, mit Zustellungsgebühr. Die Bestellungen und Postbestellungen sowie  
andere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle späterer Abwesenheit, Abzug oder  
sonstiger Betriebsstörungen, hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Zugpreises.



Vertriebspreis 2 M für die 6 getheilten Korrespondenzblätter oder deren Raum, Postboten, die 2 getheilte Korrespondenzblätter  
Bei Abbestellung und Jahresvertrag entsprechende Preisermäßigung. Bei Anzeigenbestellungen im amtlichen Teil (nur von  
Behörden) bis 2 getheilte Korrespondenzblätter 2 M. Nachbestellungen werden 2 M. Anzeigenbestellungen bis 2 getheilte  
10 Mr. Für die Nichtzahlung der durch Journal übermittelten Korrespondenzblätter mit Wilsdruff, über Zahlung  
empfangt erhalt, wenn der Betrag nach Frage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rückzahl. gestellt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 99

Freitag den 28. April 1922.

81. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Staatssekretär Hirsch hielt in Genoa eine Rede für die Erleichterung des internationalen Handels durch Änderung der künftigen Zollbestimmungen.
- \* Die Behauptung Poincarés, daß Frankreich zu einem Vorgehen gegen Deutschland auf eigene Faust berechtigt sei, wird von deutscher Seite widerlegt.
- \* Die Interalliierte Kommission in Opatowitz hat nach gutem Vernehmen der deutschen und polnischen Regierung eine Note unterbreitet, in der sie die beiderseitigen Vertreter zur Vorbereitung der Gebietsübergabe zum 4. Mai einladet.
- \* Der französische Kreisinspektor von Gleditzsch hat die Bestimmungen des Belagerungszustandes in Gleditzsch, Tost und Hindenburg erleichtert. Die Strafsperre beschränkt sich auf die Zeit von 11 bis 3 Uhr nachts.
- \* In Kopenhagen wurde ein vordringliches Abkommen zwischen Dänemark und Deutschland über die Luftschiffahrt unterzeichnet.
- \* Tschischewin hat eine scharfe Note an Polen gerichtet, in der er gegen die Teilnahme Polens an den Genuefer Verhandlungen über Rußland protestiert.
- \* Polen hat eine große Anleihe von den Vereinigten Staaten erhalten.

## Deutsch-Oberschlesiens Zukunft.

Die Interalliierte Kommission in Opatowitz hält es für angebracht, die Bewohner Oberschlesiens für den knappen Rest der Besatzungszeit, der noch vor ihnen liegt, zum Aushalten zu ermahnen. Die Übergabe der ober-schlesischen Gebietsanteile an Deutschland und an Polen sei nur noch eine Frage von Tagen. Anfang Mai werde man sie mit den Vertretern der beiderseitigen Regierungen vorbereiten. Aus diesem Anlaß würden ungewöhnliche Maßnahmen getroffen werden müssen, um Gefährdungen des öffentlichen Friedens vorzubeugen. Man solle seine Umgebung im Zaume halten und überall und bei jeder Gelegenheit der Sprache der Vernunft Gehör schenken. Die hohen Herren mahnen zur Selbstbeherrschung, zur Bewahrung von Ruhe und Würde, damit die Interalliierte Kommission ihre Nachbefugnisse in vollem Frieden abgeben könne.

Die Proklamation trägt neben der Unterschrift des Generals Le Mond auch diejenige des britischen Generals Demmeler. Sie wird trotzdem in den Herzen der Oberschlesier nur bittere Gefühle hervorrufen, denn wenn die Kommission ihrer Aufgabe so gewaltig hätte, wie es ihre Pflicht und Schuldigkeit war, dann hätten sich bessere Schlussfolgerungen, wie die jetzt veröffentlichte, wohl erübrigt. Aber die Geschichte ihrer Amtsführung in Oberschlesien ist mit Blut und Tränen geschrieben, sie führte von einem Polenaustritt zum andern und trug bis in die letzten Tage hinein einen so ausgeprägten polenfreundlichen Stempel an der Stirn, daß sie sich von einem rein polnischen Regiment kaum noch wesentlich unterschied. Nicht einmal die Aufgabe wurde erkannt, geschweige denn erfüllt, nach der Entscheidung des Völkerbundes die Polen zur Respektierung der in Genf gezogenen Grenzlinien zu ermahnen. Denn, in dem Augenblick, da die Interalliierte Kommission schon auf ihren demnächstigen Abzug aus Oberschlesien vorbereitet ist, der bei Deutschland bleibende Teil des besetzten Gebietes von schwerer Unruhe um die Zukunft erfüllt. Die Polen machen kein Hehl daraus, daß sie ihre Wählerbeit gegen das Deutschland im gesamten Oberschlesien fortsetzen wollen, und kaum ein Tag vergeht, ohne schmerzliche Beweise für die ungebändigte Fortdauer ihres Eroberungswillens. So können die Herren von der Interalliierten Kommission gewiß sein, daß die deutschen Bewohner Oberschlesiens den Tag segnen werden, an dem die Fremdberrschaft im Lande endlich befristet sein wird.

Dem bei Deutschland verbleibenden Teil Oberschlesiens drohen freilich auch von anderer Seite der neue Verunsicherungen. Die Frage ist gestellt, was nun staatsrechtlich aus dem Lande werden soll? Gesehlt ist ihm das Recht auf Volkssouveränität über seine Zukunft eingeräumt, wobei allerdings an ganz Oberschlesien gedacht war, nicht an den inzwischen leider zur Wahrheit gewordenen Fall einer gewaltsamen Trennung des Landes durch einen Nachspruch fremder Gebiete. Aber die Abstimmung wird trotzdem vor sich gehen, die Wähler werden sich zu entscheiden haben, ob sie einen neuen kleinen — ganz kleinen — deutschen Bundesstaat schaffen, oder ob sie den Rest von Oberschlesien bei Preußen belassen wollen. Von den großen Parteien tritt nur das Zentrum für die Bildung eines eigenen Bundesstaates im Rahmen der Reichshoheit ein. Das Zentrum glaubt, die besonderen politischen, wirtschaftlichen und kirchlichen Interessen Oberschlesiens auf keinem andern Wege besser sichern zu können. Die Sozialdemokraten haben sich dagegen in Übereinstimmung mit den Gesichtspunkten, die kürzlich schon Ministerpräsident Braun, ihr Gesinnungsgenosse, in einer viel bewerteten Rede geltend machte, gegen die Abtrennung von Preußen ausgesprochen; sie halten dafür, daß einmal Preußen schon um seiner selbst, wie auch um des Reiches willen nicht noch mehr geschwächt werden dürfe, zumal Oberschlesien auf sich selbst gestellt, nach der voraussetzlichen Zerstückelung seines Gebietes wie seiner Wirtschaft kaum noch ein lebensfähiges Gemeinwesen abgeben

konnte. Sie sind dafür, die uns verbleibende Provinz in ihren autonomen Rechten nach Möglichkeit zu stärken, möchten aber auch der von ihnen angestrebten neuen Aufteilung des Reiches nicht damit vorgreifen, daß hier zu den vielen kleinen „Ländern“, die wir schon haben, noch ein neues selbständiges Reichsglied hinzutritt. Eine Anschauung, in der sie sich im großen und ganzen auch mit der demokratischen Partei begeben. Ebenso treten auch die Reichsparteien mit voller Entschiedenheit für die Abwehr aller auf weitere Schwächung Preußens gerichteten Bestrebungen ein. Man kann also wohl schon jetzt ohne weiteres annehmen, daß der Rest von Oberschlesien den Charakter einer preußischen Provinz behalten wird. Ein neuerdings aufgetauchter Gedanke geht noch dahin, das umstrittene Gebiet von Preußen loszutrennen und es zwar nicht zu einem selbständigen Bundesstaat zu erheben, sondern, ähnlich wie es 1871 mit Elb-Lothringen geschah, dem Reiche als reichseligenes Gebiet anzugliedern. Also eine Art Mittelweg zwischen Provinz und Bundesstaat. Die Auseinandersetzungen über diese Idee sind noch im Gange, sie dürften aber schwerlich zu einem positiven Abschluß führen.

Alles in allem kann man nur sagen: In dem neuen Nachbarn, den Deutsch-Oberschlesien nach dem Weggang der Interalliierten Kommission erhält, wird es ganz gewiß keine Freude haben. Um so mehr muß es darauf bedacht sein, alle seine verbleibenden Kräfte zum Widerstand gegen die Unerfülltheit der Polen zusammenzuhalten.

## Lloyd Georges Friedenspläne.

Poincarés Paragrafenfeldzug.  
Zwischen Genoa und Paris wird augenblicklich ein bitterer Kampf um den Frieden in Europa ausgefochten. Lloyd George ringt mit Ausdehnung aller diplomatischen Kräfte um Anerkennung für sein großes Programm eines zehnjährigen Burgfriedens, Poincaré aber sucht aus den Paragrafen des Friedensvertrages nachzuweisen, daß sein Vorstoß gegen Deutschland, den er in seiner Rede für den 31. Mai ankündigte, gerechtfertigt sei. Die dadurch entstandene

englisch-französische Spannung wird von keiner Seite verhehlt, nur ist man in Paris bemüht, ein wenig einzulenken und die Dinge nicht gleich auf die Spitze zu treiben. Lloyd George bezieht sich in einer an England gerichteten Boisschaft die Rede Poincarés als eine sehr ernste Erklärung. Sie sei nicht danach angetan, das Zusammenarbeiten der Alliierten zu bessern. Großbritannien sei entschlossen, zu verhindern, daß Europa wieder ein Schlachthaus werde. Die Londoner Mächte behaupten sogar, daß aus Anlaß der Rede Poincarés die Möglichkeit, daß sich Frankreich von der Genuefer Konferenz zurückziehe, in Genoa und London eifrig erörtert werde. Poincaré hingegen hat die französischen Pressevertreter ermahnt, darauf hinzuweisen, daß seine Äußerungen über eine etwaige Sonderaktion falsch ausgelegt worden seien. Frankreich ist nach seiner Versicherung entschlossen, sich strikt an den Versailler Vertrag zu halten. Nur in dem Falle, daß die Reparationskommission am 31. Mai ein gewolltes Verlangen von Deutschland feststellt, werde Frankreich auf Grund des § 17 und 18, Anhang 2 und der Wiedergutmachungsbestimmungen sich für berechtigt halten, gegebenenfalls auf eigene Faust vorzugehen. Tatsächlich befindet sich Poincaré im Irrtum. Der Friedensvertrag bietet keine Möglichkeit für einen einzelnen der verbündeten Staaten, für sich allein Reparationsforderungen einzutreiben. Nur ein gemeinsames Vorgehen entspricht dem Sinn und Wortlaut des Vertrages.

## Der europäische Pakt.

den Lloyd George zustandbringen will, soll nach den vorliegenden Skizzen im wesentlichen eine Übertragung des Völkerbundes von Washington auf Europa sein. Der Text beginnt mit der Erklärung, daß es wünschenswert sei, den Frieden zu verstärken und die Entwaffnung zu erleichtern. In zwei Artikeln wird bestimmt, daß die unterzeichneten Nationen sich verpflichten, sich nicht anzugreifen, und daß im Falle einer Verletzung des Abkommens die Nationen sich gegenseitig ins Benehmen setzen, um den Frieden wiederherzustellen. Das Dokument enthält keine Sanktionen in seiner jetzigen Form, es läßt vielmehr (so wird über Paris berichtet) durch seine Ungenauigkeit diejenigen zu ermutigen, die eine Revision der bestehenden Friedensverträge wünschten. Der endgültige Text des Paktes steht immer noch nicht fest. Es liegen drei Entwürfe vor, von denen der eine von Lloyd George herrührt. Der zweite stammt von Barthou und der dritte von Dr. Benesch. Die wesentlichsten Elemente dieser Entwürfe sollen in einer Entschließung verschmolzen werden. Die französische Kritik an diesem Vertragsentwurf wünscht nachdrücklich, unter allen Umständen müsse

das Wort „Abstraktion“ ausgemerzt werden, denn diese Frage gehört ausschließlich zu der Kompetenz des Völkerbundes. Gegenüber dem Washingtoner Abkommen besteht die wichtigste Abänderung darin, daß die Nationen frei sein müßten, unter sich Grenzen zu

ziehen, im Falle das Abkommen verletzt werde. Diese Festschreibung werde den Abschluß eines beschränkten Paktes unter den Staaten der kleinen Entente nicht verhindern oder eines Paktes, welcher mit Sanktionen versehen sei, unter der kleinen Entente, Polen, Frankreich, Belgien und wohl auch Italien. Hier erscheint also der Gedanke eines alliierten Pacts.

Man glaubt deshalb, daß kein allgemeiner Pakt ohne den hier gekennzeichneten kontinentalen Pakt abgeschlossen werde, und daß dieser letztere nicht ohne den französisch-britischen Pakt möglich sei.

## Kein neues deutsches Steuerprogramm!

Die Bedeutung des 31. Mai besteht bekanntlich darin, daß Deutschland bis dahin ein neues Steuerprogramm von 60 Milliarden beschließen soll. Ein Pariser Blatt behauptet nun, ein solches Programm sei inzwischen bereits der Reparationskommission vorgelegt worden. Diese Meldung ist falsch. Die deutsche Regierung befindet sich nur in händiger Fühlungnahme mit der Reparationskommission, und es mag sein, daß eine deutsche Antwort Anlaß zu der Pariser Meldung gegeben hat, die aber in der Hauptsache fehlgeht, weil die deutsche Regierung natürlich keine neuen Steuern vorschlagen konnte.

## Die kampflustigen Russen.

Eine scharfe Note an Polen.  
Die Russen kämpfen in Genoa mit einer geradezu herzerstreckenden Rücksichtslosigkeit für ihre Ansprüche, vor allem für die Anerkennung der Sowjetregierung. Nachdem die Alliierten sich vorbehalten haben, den deutsch-russischen Vertrag nachzuprüfen, und nachdem sie die deutsche Delegation von den weiteren Verhandlungen mit Rußland ausschließen wollen, hat Tschischewin sofort in einer sehr scharf gehaltenen Note an die Polen verlangt, daß

auch Polen aus der Kommission ausscheide, die die russischen Fragen behandelt. Die Note macht Polen darauf aufmerksam, daß zwischen Polen und Rußland ein regelrechter Friedensvertrag bestehe, der Polen auf die Anerkennung der Sowjetregierung verpflichte. Tschischewin findet es merkwürdig, daß ein Staat, der Rußland anerkenne, das Bestreben verfolge, der russischen Regierung das Recht zu nehmen, mit anderen Staaten Verträge zu schließen. Darin erblicke die Sowjetregierung einen Eingriff in die Souveränität Rußlands. Die Polen haben bereits die Antwort auf die Note der Russen erteilt. In der Note sagt die polnische Delegation, Polen habe niemals die Sowjetregierung ohne Vorbehalt anerkannt. Andererseits sehen sich die Russen auch zur Abwehr genötigt, denn die alliierten Delegationen wollen ihnen

## ein kurzfristiges Ultimatum

überreichen, in welchem Antwort auf zwei Fragen verlangt wird: 1. Ob Rußland sämtliche Schulden bedingungslos anerkennen wolle, 2. ob es für die bedingungslose Herausgabe des nationalisierten Privatvermögens einsehen wolle. Man glaubt, daß dieses „Ultimatum“ nicht zu einem Bruch, sondern vielmehr zu neuen Verhandlungen führen soll.

## Kein deutsch-russischer Scheinvertrag.

Der Reichskanzler hat in Genoa noch einmal besondere Gelegenheit genommen, nachdrücklich zu betonen, es bestehe kein Scheinvertrag mit Rußland noch irgend eine geheime Klausel. Der gesamte Vertrag von Rapallo sei veröffentlicht worden. Er ist nach unierer Auffassung als Friedensinstrument zu würdigen, und er ist auch der erste wahrhafte Friedensvertrag zwischen zwei Völkern, die miteinander in blutigem Ringen gekämpft haben. Er macht mit der Vergangenheit zwischen Deutschland und Rußland reinen Tisch. Auch Dr. Rathenau hat ähnliche Erklärungen abgegeben und dabei u. a. gesagt: „Wir haben alles getan, um immer wieder Paris zu beruhigen. Trotz aller Opfer haben wir volles Vertrauen nie errungen! Wenn die Führer unseres Kabinetts mit ihrem ehrlichen Willen zur Erfüllung der Verträge den Vorfällen früherer Regierungen haben, so können wir doch nicht Lebensinteressen verletzen, nur um uns diesen Ruf zu erhalten.“

## Vom Zollkrieg zum Wirtschaftsfrieden.

Deutsche Vorschläge in Genoa.  
Eine sehr beachtenswerte Rede hat der Staatssekretär Hirsch vom Reichswirtschaftsministerium in der Wirtschaftskommission in Genoa gehalten, als die Förderung des internationalen Handels beraten wurde, der unter den gegenwärtigen Zollverhältnissen schwer zu finden hat. Der deutsche Delegierte halfte an das Londoner Memorandum an, daß von dem Gedanken ausgeht, daß die Schäden der Weltwirtschaft nur dann beseitigt werden können, wenn die internationalen Wirtschaftsbeziehungen wieder in ihren normalen Zustand zurückgeführt werden.

Die Verfestigung Europas in eine große Zahl von selbständigen Territorien hat, so erklärte Hirsch, in ihrem Gefolge eine für die Produktion der Wirtschaft nachteilige Zersplitterung des Verkehrswezens, der Münzsysteme und der sozialwirtschaftlichen Gesetzgebung nach sich gezogen. Er habe schmerzen können, daß die Länge der Landbegrenzen zwischen den Ländern Mittel- und Ost- und Südosteuropas sich um mehr als 6000 Kilometer ver-